



Politik & Ökonomie

Politik

Wirtschaft und Umwelt

Bewegung

Meinung

Hauptstadtregion

Berlin

Brandenburg

Feuilleton

Kultur

Wissen

Sport

Ratgeber

Reise

Gesund leben

Ratgeber

nd Extra

ndCommune

Dossiers

ndTicker

Shop

Leserreisen

Termine

Anzeigen

Jobangebote

Abo

Archiv

nd-ePaper

Newsletter

Anmelden

Suche

Berlin / Anonyme Krankenschein



Ärztliche Behandlung für alle

In Berlin wurde mit viel Verspätung der erste anonymisierte Krankenschein ausgestellt

Von Vanessa Fischer 20.06.2019, 17:27 Uhr / Lesedauer: 4 Min.



Über die Clearingstelle sollen Illegalisierte behandelt werden.

Foto: imago images/epd

Wenn Abdel K. krank wird, dann kann er nicht einfach zu einer Ärztin gehen. Denn der 27-jährige Marokkaner lebt ohne Papiere in Berlin und ist nicht krankenversichert. Wie ihm geht es schätzungsweise 60 000 Menschen in der Hauptstadt. Sie sind arm, obdachlos, ohne Lohnarbeit oder geflüchtet - die Gründe, warum sie keine Krankenversicherung haben, sind vielfältig.

Als die Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung im Oktober 2018 in der Berliner Stadtmission in der Lehrter Straße eröffnete, war die Freude deshalb auf vielen Seiten groß. Bereits Ende 2016 hatte der Senat die Einrichtung einer Clearingstelle sowie die Einführung eines anonymisierten Krankenscheins im Koalitionsvertrag angekündigt. Für den Doppelhaushalt 2018/2019 wurden dafür jährlich 1,5 Millionen Euro bereitgestellt.



Neben der Hauptaufgabe der Clearingstelle, Menschen mit bestehendem Leistungsanspruch zu beraten und wieder in die Krankenversicherungen zu vermitteln, sollten mit dem anonymisierten Krankenschein endlich auch Menschen ohne Papiere Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten. Zuvor brauchten sie einen Krankenschein, den die Sozialämter ausstellten. Da sie jedoch gesetzlich dazu verpflichtet sind, die Daten an die Ausländerbehörde weiterzuleiten, konnten sich viele Illegalisierte den Krankenschein aus Angst vor einer Abschiebung nicht ausstellen lassen.

Initiativen wie das Medibüro, die ehrenamtlich die medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere organisieren, fordern deshalb schon seit Jahren einen anonymisierten Krankenschein, mit dem Ärzt*innen die Behandlung abrechnen können.

Ähnliche Artikel

20.03.2019 / Silvia Ottow

Unheilbar kritisch

Sven Böttchers über unser Gesundheitssystem

12.09.2018 / Marie Frank

Taschenrechner statt Stethoskop

Aktive aus der Pflege und professionelle Schauspieler klagen in einem fiktiven Tribunal das Gesundheitssystem an

23.08.2019

Schulz

Physiologen beklagen

Dass es vom Beschluss Ende 2016 bis zur Ausstellung des ersten anonymisierten Krankenscheins so lange gedauert hat, kritisiert das Medibüro nun scharf: »Der anonymisierte Krankenschein kommt sehr spät. Den verspäteten Start hat die Senatsverwaltung mit Problemen bei der Kooperation mit Praxen und Krankenhäusern sowie bei der Gestaltung der Abrechnungsmodalitäten begründet«, heißt es in einer Stellungnahme des Projekts. »Wir gehen aber davon aus, dass auch der politische Wille fehlt«.

Diesen Vorwurf kann man in der Senatsverwaltung nicht verstehen. »Dass die Clearingstelle nun anonymisierte Krankenscheine ausstellen kann, ist ein Erfolg sondergleichen«, erklärte Lena Högemann, Sprecherin von Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci (SPD), am Donnerstag auf nd-Anfrage. Die lange Vorlaufzeit ist laut Högemann darauf zurückzuführen, dass es sich um ein kom-

plett neues Verfahren handele. »Es benötigt eben eine gewisse Zeit, um so ein detailliertes neues Abrechnungssystem an den Start zu bringen«, so Högemann.

Seit Ende Mai bestehen demnach nun neben Verträgen mit einzelnen Arztpraxen auch Kooperationsvereinbarungen mit dem Vivantes Klinikum und der Charité. »Wir sind aber zuversichtlich, dass es bald mehr werden«, erklärte Louise Zwirner von der Clearingstelle der Berliner Stadtmission dem »nd«.

Für Jeannie Moser vom Medibüro reicht das noch lange nicht: »Mit dem Schein besteht keine freie Arztwahl. Er kann bisher nur bei wenigen Arztpraxen eingesetzt werden.« Von einer flächendeckenden und niederschweligen ambulanten Versorgung sei Berlin damit weit entfernt.

Um die zu gewährleisten, wäre das Medibüro, das der Senatsverwaltung nach eigener Aussage bei der Konzeptentwicklung des anonymisierten Krankenscheins kontinuierlich zugearbeitet hatte, einen ganz anderen Weg gegangen: eine Kooperationsvereinbarung mit der kassenärztlichen Vereinigung, statt vieler Verträge mit einzelnen Praxen oder Krankenhäusern. »Dann könnten auch Menschen ohne Papiere einfach in eine Arztpraxis ihrer Wahl gehen«, sagte Moser.

Aber nicht nur der immer noch erschwerte Zugang zu ärztlicher Versorgung, auch die Tatsache, dass es sich um einen gedeckelten Fond handelt, der zudem bereits in einem halben Jahr ausläuft, löst beim Medibüro Sorge aus: »Das Pilotprojekt ist bis Ende 2019 befristet. Wie es weitergeht, ist fraglich. Auch danach werden Menschen ohne Papiere krank werden und medizinische Versorgung brauchen. Ihre Gesundheit ist kein Pilotprojekt!«, schreibt das Medibüro dazu in seiner Stellungnahme.

Fest steht, dass der Senat am Dienstag im Entwurf für den Doppelhaushalt 2020/2021 die Fortführung der Clearingstelle und des Fonds festgeschrieben hat. Offen bleibt jedoch, ob das Abgeordnetenhaus diesen Entwurf im Dezember auch annimmt.

Das Medibüro blieb am Donnerstag jedenfalls geschlossen, um vor der Senatsverwaltung für Gesundheit für das Recht auf Gesundheitsversorgung für alle zu demonstrieren.



Schlagwörter zu diesem Artikel:

[#Flüchtlinge](#) [#Gesundheitspolitik](#) [#Gesundheitswesen](#)

Hat Ihnen dieser Artikel gefallen? Dann teilen Sie ihn doch mit anderen



► [Leserbrief schreiben](#)

[zur Startseite](#)

Mehr aus: Berlin

Brand auf Industrieareal
unter Kontrolle

Ernst Thälmer
kommentiert

Kein Versprechen im Westend

en ist

Deutsche Wohnen hält
Mietobergrenzen bei Abriss und
Neubau für »unverhältnismäßig«

ießt Pilotprojekt,
lobs für
en werden sollen

ndPlus

ht in der
altungszone

obilienpreise und
en der Demokratie
ut der Hongkonger

Dunkle Wolken über dem Kap Das System Deutsche Wohnen

Hohe Verschuldung und
Stromabschaltungen bringen
Südafrikas Wirtschaft in schwere
Turbulenzen

87-jährige Köpenickerin wehrt sich
gegen Geldforderungen eines
Immobilienkonzerns

Der ewige

Bonn
Martin Amn
Sinne der G
eine und m:

Features

«stelle, Supermarkt oder
»nd«: immer in Ihrer Nähe!

Was ist »nd.DIE WOCHE«?

Ökologie mit linl

Neues Layout, neue journalistische Formate und ein
neuer Name.

Früher war mehr Lametta.

Heute gibt's:

ndDebatte

ndTicker

[Tagesübersicht](#)

[PDF | E-Pub](#)

[nd-ePaper](#)

[Newsletter](#)

[Archiv](#)

[Die Redaktion](#)

[Gastautoren](#)

[Über uns](#)

[Anzeigen](#)

[Mediadaten](#)

[Abo](#)

[nd am Kiosk](#)

[Shop](#)

[Leserreisen](#)

[Termine](#)

[Hilfe](#)

[Ihre Ideen](#)

[Datenschutz](#)

[AGB](#)

[Schlagwörter](#)

[RSS-Feeds](#)

[Archiv/Suche](#)

[Kontakt](#)

[Jobangebote](#)

[Impressum](#)

Hinweis zum Datenschutz: Wir setzen für unsere Zugriffsstatistiken das Programm [Matomo](#) ein.
Besuche und Aktionen auf dieser Webseite werden statistisch erfasst und ausschließlich anonymisiert gespeichert.

© Redaktion [neues-deutschland.de](https://www.neues-deutschland.de). Design und Realisation: [WARENFORM](#). Hosting: [SINMA](#).